Zwei Kamele

Die Araber machen sich wieder bemerkbar: Der Nahe Osten soll über Iran und Afghanistan nicht in Vergessenheit geraten.

Ein arabischer Minister schob die Weltprobleme wieder in die richtige Rangfolge — oder was er dafür hielt.

„Diese Krise um Afghanistan", mahnte Abd el-Asis Hussein, Staatsminister im Ölfürstentum Kuweit, „sollte unsere Aufmerksamkeit nicht vom wahren Problem ablenken. Jerusalem ist uns schließlich heiliger als Kabul."

Daß der arabisch-israelische Konflikt, die Sorge gar ums tägliche Öl im Westen vergessen werden könnte über der Sorge um einen neuen kalten Krieg — so weit wollen es die Araber nicht kommen lassen.



US-Werber Brzezinski (M.), Saudi-Kronprinz Fahd*: „Glaube an Amerika erschüttert"

Nahost, aus den Schlagzeilen verdrängt durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, durch Jimmy Carters Drohungen, durch Sacharows Verbannung und möglichen Olympia-Boykott, bleibt dennoch, so meinen die Araber, wichtigstes Scharnier der Weltpolitik. Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, der nach den Pakistani auch die Araber für eine antisowjetische Interessengemeinschaft in die Pflicht nehmen wollte, bekam das gleich bei seinem ersten Nahost-Stopp im saudiarabischen Riad zu spüren.

Die Araber, mußte er sich sagen lassen, seien keineswegs begeistert von der Idee, den Indischen Ozean und den Persischen Golf zur westlichen Einflußzone zu machen. Ohne eine Gegenleistung könnten sie sich jedenfalls nicht damit einverstanden erklären. Ihre Forderung: Abzug Israels, das allein den Frieden in der Hemisphäre bedrohe, aus den besetzten Gebieten und aus Ost-Jerusalem.

Zwar erklärten sich die Saudis grundsätzlich bereit, einen Beitrag zur Verteidigung des Indischen Ozeans zu leisten, indem sie die kostspieligen pakistanischen Waffenwünsche (SPIEGEL 7/1980) mitfinanzierten und den USA bei der Suche nach Luft- und Seestützpunkten zur Hand gingen. Auf mehr aber wollten sie sich ohne Vorleistung nicht einlassen.

„Es gibt für Kompromisse und pragmatisches Handeln keine Grenze", erläuterte der saudische Außenminister Prinz Saud die Haltung des Ölkönigreichs, „aber wenn es so weit kommt, daß Ziele wie die Selbstbestimmung der Palästinenser aufgegeben werden, dann handelt es sich nicht mehr um Kompromisse und Pragmatismus, sondern um Ungerechtigkeit."

Ungewohnte Töne von den sonst so US-freundlichen Saudis. Ein Begleiter des Nahost-Reisenden Brzezinski glaubte gar an „Sinnestäuschungen".

Tatsächlich aber fürchten die traditionellen Amerika-Freunde zwischen Indischem und Atlantischem Ozean, die unentschlossene Carter-Regierung werde ihnen kaum zu Hilfe kommen, wenn sich die Parteigänger der Sowjet-Union im Nahen Osten zum Angriff entschließen sollten.

Die halbherzige Unterstützung Washingtons für die bedrängten Pakistani, das Ausbleiben einer amerikanischen Machtdemonstration gegenüber dem machthungrigen Ajatollah Chomeini im Iran und die amerikanische Gleichgültigkeit gegenüber dem wachsenden sowjetischen Einfluß im Südjemen, am Horn von Afrika und in Syrien hat „die gemäßigten arabischen Regierungen in ihrem Glauben an den Schutzschild Amerika erschüttert", erläuterte die Saudi-Zeitung „El-Bilad".

Da rücken — und rücken sich — dann arabische Hardliner wie etwa Syriens Präsident Assad in den Vordergrund. Der beschloß plötzlich, kurz nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko, seine 4000 Mann starke Friedenstruppe aus Beirut abzuziehen und an die libanesisch-israelische Grenze zu verlegen, was bei den Israelis prompt erhöhte Alarmbereitschaft auslöste.

Egal, ob die Syrer wirklich etwas gegen Israel im Schilde führen oder ob die Truppenbewegung nichts anderes ist als ein von den Sowjets inszeniertes Ablenkungsmanöver vom Krisenland Afghanistan — „eine unsichere Lage in Nahost", so ein arabischer Diplomat in Moskau, „ist genau das, was die Sowjets jetzt brauchen. Alle in Camp David geweckten Hoffnungen schwinden, Amerikas Nahostpolitik fällt in Scherben".

Eine solche Krise schüren die Sowjets auch im Süden der arabischen Halbinsel. So besetzen Truppen der bis zum Jahre 1999 durch einen Freundschaftsvertrag an die UdSSR gebundenen „Demokratischen Volksrepublik Jemen" ohne Furcht vor amerikanischen Gegenmaßnahmen immer mehr grenznahe Gebiete des bisher als prowestlich eingestuften Nordjemen.

Polit-Agitatoren aus Aden umwerben erfolgreich nordjemenitische Stabsoffiziere und drängen die Saudis aus dem strategisch wichtigen Pufferstaat. Auf der islamischen Außenministerkonferenz in Islamabad legte der Nordjemen bereits sein Veto gegen die Verurteilung der sowjetischen Besetzung Afghanistans ein.

Ein amerikanisches Waffenangebot wiesen die Nordjemeniten zurück und überraschten ihre bisherigen Gönner, die Saudis, mit der Bekanntgabe eines heimlich ausgehandelten Vertrages über sowjetische Waffenlieferungen.

Die gut informierte kuweitische Zeitung „El-Anba" berichtete über neue sowjetische U-Boot-Stützpunkte an der südjemenitischen Küste nahe der Grenze zum Sultanat Oman und weckte damit, so „El-Ittihad", größte Tageszeitung von Abu Dhabi, die Furcht von Omanis, Saudis — und der übrigen Golfaraber vor dem „nächsten sowjetischen Abenteuer in unserer Region".

„Die amerikanischen Imperialisten sind ratlos, wir können jetzt den Ton angeben", frohlockt denn auch die „Stimme der arabischen Volksmassen", ein in Libyen stationierter Kurzwellen-

* Mit dem stellvertretenden US-Außenminister Warren Christopher.

sender, der zum Sturz der als pro-westlich gebrandmarkten Regierungen in Ägypten, Tunesien, Marokko, Sudan, Saudi-Arabien, Kuweit und den übrigen Golfemiraten aufruft.

Libyens unberechenbarer Gaddafi schritt sogleich zur Generalprobe und legte sich mit Tunesien an. Der von ihm von der Grenzstadt Gafsa aus angezettelte Umsturzversuch fand im Land keinen Widerhall: Frankreich sandte den Tunesiern Hilfe — und wurde dafür von Gaddafis Massen mit dem Sturm der französischen Botschaft in Tripolis und des Konsulats in Bengasi bestraft.

Ein derart kopfloser Naher Osten forderte den jüngsten Anwärter auf den Titel eines Führers der Arabischen Nation zu Taten heraus: Saddam Hussein, seit acht Monaten Staatspräsident des ölschweren Irak. Unabhängig von Sowjets und Amerikanern will er sich die Vorherrschaft am Golf sichern. Der Arabischen Liga als Forum aller Araber-Staaten machte er Konkurrenz durch die Gründung einer „Panarabischen Charta".

Die Charta verbietet unter anderem die Stationierung ausländischer Truppen im Nahen Osten und billigt die „bewaffnete Antwort auf Provokationen aus dem benachbarten Ausland" — was für Saddam Hussein vor allem heißt: aus dem Iran.

Marokko und Jordanien traten dieser Charta sofort bei. Die Golfstaaten, verschreckt vom irakischen Herrschaftsanspruch am Persischen Golf, zögerten. Dann erteilten sie kurzentschlossen den Amerikanern eine Absage und beteuerten Saddam Hussein ihre friedliche Gesinnung. „Wir sind ja immer gute Nachbarn gewesen und brauchen keinen Schutzschild aus Übersee", so das kuweitische Blatt „El-Kabas".

Kuweit will es mit keinem verderben, will weder den Irak noch den Iran oder gar die Viertelmillion Palästinenser in seinen Grenzen durch ein ohnehin fragwürdiges Bündnis mit den USA provozieren.

Das Scheichtum mit der drittgrößten Erdölförderquote Arabiens und riesigen Devisenkonten im Westen weigerte sich, bei einem mal von Saudi-Arabien, mal von Oman vorgeschlagenen Verteidigungsbündnis der Golfstaaten mitzumachen. Kuweit kaufte Kurzstrekkenraketen aus der UdSSR.

Ein kuweitischer Publizist erklärte das Dilemma, in dem sich die gemäßigten Araberstaaten gefangen fühlen: „Nach Afghanistan sind die Sympathien in unserem Raum deutlicher geworden. Wir wissen heute besser denn je, wer mit dem Westen flirten möchte und wer dem Kreml den Vorzug gibt. Aber uns bleibt nur übrig zu beobachten, bei welchem der beiden großen Kamele dieser Welt der Höcker zuerst zusammenschrumpft."

SOWJET-UNION

Scheibe Brot aus Texas

Einen Monat nach Ankündigung des amerikanischen Getreide-Embargos bereitet der Kreml das Volk auf weitere Versorgungsmängel vor — mit Erinnerungen an die Blockade Leningrads im Krieg.

Jeden Tag kämpfen und sterben Sowjet-Armisten in Afghanistan — die Sowjet-Presse verschweigt das ihren Lesern. Auch die 104 Uno-Stimmen gegen die Invasion des Nachbarlandes blieben dem Sowjet-Volk vorenthalten.

Amerikas „Weigerung, uns Getreide zu verkaufen" aber verkündete Landesvater Breschnew selbst in der „Prawda" — acht Tage nach dem US-Embargo.

Zum erstenmal vernahmen die Bürger der UdSSR überhaupt auf offiziellem Wege, was seit vielen Jahren schon Brauch und seit 1976 vertraglich festgelegt war: daß das kapitalistische Amerika zu einem guten Teil die Sowjet-Union ernährt.

Allein im vorigen Jahr gab die Sowjet-Union zwei Milliarden Dollar für Importgetreide aus — obwohl sie 1978 mit 235 Millionen Tonnen eine Rekordernte verzeichnen konnte.

Doch 1979 gab es schon wieder eine Mißernte: 179 Millionen Tonnen gelangten in die Scheuern. Bis zu einem Viertel davon geht erfahrungsgemäß noch durch „Schwund" verloren — durch Ratten, schlechte Lagerung, beim Transport, durch Diebstahl.

Eine Million Tonnen empfangen schlecht versorgte Bruderstaaten wie Vietnam und Nordkorea und das eroberte Afghanistan. Eine weitere Million Tonnen für Kuba wird von Moskau nur bezahlt — und direkt aus Kanada geliefert.

Um das Loch annähernd zu stopfen, wollte der Kreml wenigstens 34 Millionen Tonnen Korn im Ausland kaufen: in Australien, Argentinien und Kanada, das meiste jedoch, 25 Millionen Tonnen, in den USA.

Acht Millionen Tonnen waren schon geliefert, als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten. Aber auch wenn Drittländer gekauftes US-Getreide weiterreichen, wenn Indien und Ungarn als Lieferanten einspringen, fehlen Moskau immer noch rund 17 Millionen Tonnen Getreide, die sich auch nicht völlig aus Reserven ersetzen lassen.

Das führt noch nicht zur Hungersnot: Für Brot und Mehl werden schätzungsweise 45 Millionen Tonnen benötigt, und dafür reichen die Bestände. Auch 28 Millionen Tonnen Saatgut und vier Millionen Tonnen für die Industrie, zum Beispiel zwecks Destillation zu Wodka, sind vorhanden.

Knapp wird es nur beim Viehfutter, wofür bislang am liebsten Mais und Weizen aus dem amerikanischen Mittelwesten verwendet wurden: Schlachten die Kolchosen vorzeitig Rinder und Schweine, könnte Rußlands

Hungernde in Leningrad 1942: 600 000 Russen starben

